

Aufruf an die Bundesregierung:

Klima- und Gesundheitsschutz gemeinsam fördern

Die renommierte medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* hat vor kurzem gewarnt, dass der Klimawandel die Fortschritte der letzten 50 Jahre in der öffentlichen Gesundheitsversorgung zunichtemachen könnte. Andererseits wird der Klimaschutz seitens der Lancet-Kommission als die größte Chance für die weltweite Gesundheit im 21. Jahrhundert gesehen, da viele der im Bereich des Klimaschutzes getroffenen Maßnahmen auch positive Auswirkungen auf die Gesundheit haben.

Auch wenn Gesundheitsaspekte bisher noch selten in der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, hat der Klimawandel bereits heute negative Folgen für die Gesundheit der Menschen sowohl in Deutschland als auch weltweit. Für Deutschland prognostiziert das Umweltbundesamt eine Verdopplung der Tage mit hohen Temperaturen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts. Weitere mit dem Klimawandel assoziierte Gesundheitsrisiken in Deutschland sind zum Beispiel Verletzungen während Extremwetterereignissen, die Ausbreitung durch Vektoren übertragener Infektionskrankheiten sowie eine mögliche Zunahme an Lebensmittelinfektionen sowie an Allergie- und Atemwegserkrankungen.

Um die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels auf ein bewältigbares Maß zu beschränken, muss Deutschland weiterhin Vorreiter beim Klimaschutz sein.

Im Dezember 2015 wird in Paris über ein weltweites Klima-Abkommen entschieden. Zum Erfolg der Verhandlungen kann die Bundesregierung einen entscheidenden Beitrag leisten. Dazu gehört auch ein ambitionierter nationaler Klimaschutzplan.

Wir, die unterzeichnenden VertreterInnen der Gesundheitsberufe, MedizinstudentInnen und WissenschaftlerInnen, fordern in Anlehnung an die Empfehlungen der Lancet-Kommission vom Juni 2015:

1. **Ein globales Abkommen zum Klimaschutz**, das Staaten beim Übergang zu einem CO₂-armen Wirtschaftssystem unterstützt. Die Verhandlungen scheinen kompliziert zu sein, doch die Ziele bleiben klar: ehrgeizige und überprüfbare globale Klimaschutzziele, sowie Anpassungen der finanziellen Fördersysteme, um das Recht aller Länder auf Entwicklung zu sichern. Die Verantwortung für die Senkung der Treibhausgasemissionen liegt bei der internationalen Gemeinschaft: Strategien mit dem Ziel, Emissionen zu senken und die menschliche Gesundheit zu schützen, dürfen nicht an Landesgrenzen halt machen. Die Bundesregierung sollte sich daher international weiterhin für die **Abschaffung aller Subventionen für fossile Energieträger** sowie für Instrumente, welche die **CO₂-Emissionen angemessen bepreisen**, einsetzen.
2. Förderung einer **Etablierung der Themen Klimawandel und Gesundheit in allen relevanten Ministerien und Fachgebieten**, sowie **Verstärkung der Kapazitäten zu Klimawandel im Gesundheitssektor**. Gesundheits- und Klimaschutzbelange sollten bei relevanten politischen Strategien ausreichend berücksichtigt werden. Ein isolierter Ansatz im Bereich des Klimaschutzes birgt die Gefahr, dass der Gesundheitsschutz unter Umständen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Dabei müssen auch andere globale

Umweltveränderungen, wie zum Beispiel die Entwaldung, der Verlust der biologischen Vielfalt und die Versauerung der Weltmeere beachtet werden, da auch diese Folgen für die menschliche Gesundheit haben können.

3. **Ausstieg aus der Kohleverstromung**, um die Häufigkeit kardiovaskulärer und respiratorischer Erkrankungen zu senken. Die momentan weltweit geplanten 2200 neuen Kohlekraftwerke würden zu einer höheren Krankheitslast führen, und sollten durch saubere Alternativen ersetzt werden. Anstelle von fossilen Energieträgern sollten Erzeugungskapazitäten im Bereich erneuerbarer Energien und Techniken zur Steigerung der Energieeffizienz sowie Energieeinsparungen gefördert werden. Angesichts des aktuell noch immer hohen Kohleverbrauchs in Deutschland sollte die Bundesregierung, um glaubwürdig für einen weltweiten Kohleausstieg argumentieren zu können, zunächst einen nationalen **Zeitplan für einen geordneten Ausstieg aus der Kohle** verabschieden.
4. Verabschiedung eines **umfassenden Klima-Maßnahmenpakets für die Sektoren Verkehr, Landwirtschaft und Energie**, das gleichzeitig auf eine Senkung der Gesundheitsbelastung durch Feinstaub (insbesondere PM_{2,5}) und kurzlebige Treibhausgase (Methan, Ruß) abzielt.
5. **Investitionen in die Forschung**, insbesondere in eine vermehrte gemeinsame **Datenerhebung in Bezug auf Klimawandel und Gesundheit**, sowie in die Quantifizierung der vermiedenen Krankheitslast und der verbesserten wirtschaftlichen Produktivität im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen. Dies wird dazu beitragen, die Notwendigkeit und den gesundheitspolitischen Zusatznutzen von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf lokaler, bundesweiter und internationaler Ebene besser zu verstehen.
6. Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung mit Fokus auf den Gesundheitssektor: Dazu gehört die **Förderung eines schnellen Zugangs zu erneuerbaren Energien** in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, um **insbesondere Gesundheitseinrichtungen** zuverlässig mit Strom zu versorgen. Ferner sollten ausreichend zweckgebundene Finanzmittel bereit gestellt werden, um die **Klimaanpassung von Gesundheitssystemen weltweit** zu unterstützen.
7. Förderung von **Klimaschutzmaßnahmen in Städten**, um gesunde Lebensstile zu fördern. Wichtige Elemente einer klimafreundlichen städtischen Entwicklung sind der Aufbau eines **Gebäudebestands mit sehr hoher Energieeffizienz, die Bereitstellung kostengünstiger öffentlicher Verkehrsmittel und der Ausbau von Grünflächen**. Diese Maßnahmen erleichtern gleichzeitig die Anpassung an den Klimawandel und senken die städtische Luftverschmutzung. Sie können dazu beitragen, das Risiko für Erkrankungen des Herzkreislaufsystems und der Atemwege sowie für Krebs, Fettleibigkeit, Diabetes und psychische Erkrankungen zu senken.

Auf dem Klimagipfel in Paris und bei der Erstellung des nationalen Klimaschutzplans 2050 hat die Bundesregierung zwei wichtige Gelegenheiten, sich für eine bessere Berücksichtigung von Gesundheitsbelangen im Klimaschutz einzusetzen. International werden die Synergien zwischen beiden Bereichen immer bekannter. Als Fachleute aus dem Gesundheitsbereich bieten wir unsere Unterstützung dafür an, zu einer besseren Vernetzung beider Bereiche beizutragen und vorhandene Synergien voll auszuschöpfen.

UnterzeichnerInnen:

- 1 Women in Europe for a Common Future, Deutsche Sektion
- 2 MEZIS e.V. Mein Essen Zahl Ich Selbst
- 3 VDÄÄ Verband demokratischer Ärztinnen und Ärzte
- 4 Dr. med. Dieter Lehmkuhl, Berlin
- 5 Dr. med. Peter Ohnsorge, Würzburg
- 6 Dr. med. Mechthild Klingenburg-Vogel, Kiel
- 7 Ralf-Michael Lübbers, Aurich
- 8 Dipl.-Med. Barbara Bodechtel, Gera
- 9 Max Bürck-Gemassmer, Berlin
- 10 Dr. med Jürgen Fegeler, Berlin
- 11 Ernst-Ludwig Iskenius, Rostock
- 12 Hanna Neumann, Berlin
- 13 Dr. med. Volker von Baehr, Berlin
- 14 Dr. med. Manfred Lotze, Hamburg
- 15 Erhard Georg, Köln
- 16 Prof. Dr. med. Rainer Rettig, Greifswald
- 17 Prof. Dr. Thomas Lempert, Berlin
- 18 Helga Bürmann-Reuter, Marburg
- 19 Dr. med. Ulrich Randolph-Weiss, Langenbach
- 20 Richards Jessica, Gießen
- 21 Dr. med. Ariadne Altenschmidt, Hannover
- 22 Ines Dudzic, Gießen
- 23 Dr. med. Thomas Landmann, Pulheim
- 24 Jakob Steinhauser, Gießen
- 25 Dr. med Helga Mohs-Jahnke, Elchingen
- 26 Dr. med. Ludwig Brüggemann , Berlin
- 27 Julian Veelken, Berlin
- 28 Dr. med. Sabine Pfeiffer, Berlin
- 29 Dr. Günter Rexilius, Mönchengladbach
- 30 Dr. med. Ursula Wischer, Hildesheim
- 31 Dr. med. Rudolf Kobitzsch, Berlin
- 32 Dr. med. Voker von Baehr, Berlin
- 33 Frauke Gundlach, Berlin
- 34 Simon Hoffmann, Berlin